

Abg. Eisenberger (Bayerischer Bauernbund): Die Sozialisierung ist berechtigt beim Großbetrieb. Den Mittelstand und das Kleingewerbe kann man unmöglich sozialisieren. Ich hoffe, daß auch im neuen Deutschland der Mittelstand erhalten bleiben kann.

Abg. Bieker (Deutschnat. Volksp.): Unsere Befürchtungen bleiben bestehen. Wir verlangen die Errichtung eines besonderen Referates für Handwerk u. Gewerbe beim Reichswirtschaftsamt.

Damit schließt die Befreiung. Eine Reihe von Wahlprüfungen wird nach den Anträgen des Ausschusses erledigt. Die Vorlage auf Hinzutritt Württembergs zur Biersteuergemeinschaft wird in allen drei Kabinen verabschiedet, ebenso die Vorlage über die Besteuerung der Reichsbank für 1918.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr: Notat — Schluß 6 Uhr.

## Beispiellose Grausamkeiten.

Die Hoffnung, daß mit dem schnellen Vorstoß der baltischen Landeswehr auf Mitau die bürgerliche Bevölkerung der Stadt vor dem grausigen Schicksal ihrer Volksgenossen in Dorpat und Wesenberg bewahrt werden würde, hat sich leider nicht bestätigt. Wie wir hören, sind in Berlin gestern amtliche Berichte aus Kurland eingelaufen, die über Bestialitäten zu berichten wissen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten zu stellen scheinen.

Danach erweist es sich, daß die entmenschten Horden beim Nahen der deutsch-baltischen Landeswehr beschlossen hatten, die nichtbolschewistischen Bewohner der Stadt, und zwar Greise, Frauen wie Kinder mit sich zu nehmen und die Unglückslichen in das einstige militärische Sommerlager von Nekrissi an der Düne zu schleppen. So haben denn Zahllose den weiten Marsch von 60 Kilometer in Schnee und Kälte, und nur mit dem Notdürftigsten längstet, in die Verbannung antreten müssen, ehe die die Freier Mitau erreicht hatten. Wie die Bolschewisten erklärt haben, verfolgen sie mit der Verschleppung der kleinen Kinder den Zweck, sie bolschewistisch erziehen zu lassen, mit anderen Worten also, sie ihren Angehörigen fortzunehmen und bolschewistisch gesinnten Leuten zu übergeben. Ist dieser brutale Gewaltakt an Menschen, deren einziges Verbrechen nur darin besteht, der bürgerlichen Gesellschaft anzugehören, schon ein Beweis, mit wie unmenschlichen Methoden und Mitteln der Bolschewismus arbeitet, so schreien die Bestialitäten dieser Weltbegnadeter, die sie sich beim Abtransport ihrer nach Hunderten zählenden Opfern zuschulden kommen lassen, geradezu zum Himmel. Denn sie haben alle Greise, Frauen und Kinder, die für den Transport körperlich zu schwach waren, samt und sonders erschossen. Unter den Erschossenen befinden sich nicht nur die führenden Männer des örtlichen Adels und des Bürgertums, sondern auch zahlreiche Frauen und Kinder. Selbst hochbetagte Frauen und Städtedamen sind teils der Verschleppung, teils der Tötung nicht entgangen. Zu den Erschossenen gehören auch die beiden Greisen Leiter des kurländischen Kreditvereins Max v. d. Ropp und Graf Otto v. Rehnsdorf, zwei Persönlichkeiten, die sich auch in lettischen Kreisen großen Ansehens erfreuten.

Das gleiche Schicksal hat eine Anzahl von Personen in den kurländischen Städten Tukum und Talsen betroffen. In letzterem sind allein sechs Herren von Hestling von den Bolschewisten erschossen worden. Mit um so größerer Sorge gedenkt man jetzt in diesen Kreisen der nach Tausenden zählenden Angehörigen, die zurzeit noch in Riga in bolschewistischer Gewalt sind. So mordet der Bolschewismus, der sich eine Weltanschauung nennt und doch im Grunde nur eine Liga des blutigsten Verbrechertums ist, nach und nach die Bevölkerung eines ganzen Landes, um auf dessen Massengräbern ihre Herrschaft zu errichten.

## • Wenn zwei sich lieben. •

Roman von Hedwig Courths-Mahler.  
Amerikanisches Copyright by Ullstein & Co.

22. Nachdruck verboten

Ach, Durchlaucht! Sie malen die Zukunft in so rosigem Lichte. Und doch hängen jetzt schwere, dunkle Wolken an unserem Himmel."

Fürst Egon sprang auf.  
„Die Wolken werden wieder verschwinden. Wir wollen das Schicksal weiter warten lassen. Es hat sich uns doch ganz freundlich gezeigt, nachdem es uns ein wenig gezaust hat. Und, daß ich's nicht vergesse — ich darf Günther doch sagen, daß er Ihnen schreiben darf? Er ist frei, und wird, — ich glaube — Ihnen viel zu sagen haben."

Sie erröte jäh in der Erinnerung an das, was gestern im Walde zwischen ihr und Günther geschehen war.

„Sie brauchen ihm nichts zu sagen, Durchlaucht, als daß ich diese Erklärung der Komtesse auseilen habe. Wenn — dann weiß er schon, daß er mir schreiben darf."

Gut, das soll geschehen. Aber nun kommen Sie — lassen Sie uns noch einmal durch den Park treiben, ich will Abschied nehmen."

23. Kapitel.  
Um nächsten Morgen reiste Fürst Egon ab. Die

## Der bayrische Partilarismus.

München, 25. März. In Bayern macht sich eine Bewegung geltend, gegen die die Sonderrechte Bayerns aufhebenden Weimarer Beschlüsse. Der deutschen Nationalversammlung wird das Recht bestreiten, von sich aus souverän und ohne Beziehung der Einzelsstaaten die Reichsverfassung in der geplanten Weise neu zu gestalten. Im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des bayerischen Landtages sind die Finge in dieser Weise zur Sprache gekommen. Der Ministerpräsident Hofmann warnte vor zu großer Schroffheit und Unnachgiebigkeit. Unhaltbare Rechtsverträge müßten aufgegeben werden. Ein diktatorisches Verfahren des Reiches könne man indessen nicht hinnehmen. Man solle aber bayerischerseits Druck unterlassen, die doch nicht vernünftig werden können. Denn in Bayern wisse man genau, daß ein bayerischer Staat außerhalb des Reiches heutzutage ein Ding der Unmöglichkeit sei. Eine gemeinsame Erklärung des bayerischen Landtages wird erwartet.

München, 25. März. Eine Veröffentlichung der bayerischen Volkspartei (Zentrum) ruft das ganze bayerische Volk auf, sich wie ein Mann zu erheben zum Schutze seiner mehr als tausendjährigen Freiheit und Selbstständigkeit, seiner geschichtlichen Ehre und Würde. Wir wollen, heißt es in dem Aufruf, den Zusammenschluß der deutschen Staaten auf föderativer Grundlage. Der Forderung aber, daß die deutschen Einzelsstaaten zu Provinzen des Reiches herabgedrückt werden und eine einheitliche Republik geschaffen werden soll, werden wir den äußersten Widerstand entgegensetzen. Wir beantragen die unverzügliche Einberufung des Landtages, damit er eingreifen kann in Bayerns Schicksalsstunde. Bayern den Bayern!

## 16. Sitzung der bayer. Volkskammer.

Dresden, 26. März.

Die Fortsetzung der Ausprache über die Regierungserklärung steht auch heute wieder auf der Tagesordnung der kurz nach 1 Uhr beginnenden Sitzung. Als Regierungsvertreter berichtet Minister Schmarz die Ausführungen der gestrigen Redner und betont, daß die sächsische Regierung nicht gewillt sei, allen auf dem Gebiete der Sozialisierung austrocknenden Plänen ziel- und planlos nachzuhören, wohl aber wolle sie die Reichsleitung verlassen, in der Sozialisierungsfrage mit möglichster Belehrung und Klarheit vorzugehen. Weiter verteidigt er die Selbstständigkeit der Handwerker und empfiehlt hierzu den Zusammenschluß und die Organisation, wobei er die Hilfe der Regierung zugesagt. Danach macht Justizminister Hartmann längere Ausführungen über die Entlassung der Strafgefangenen und des Strafvollzugs vom juristischen Standpunkte aus und tritt dafür ein, daß der Strafvollzug weiter wie bisher dem Justizministerium unterstellt bleiben soll. Nachdem er für die nächste Zeit eine Verordnung in Aussicht gestellt hat, wonach den Verurteilten mehr Gerechtigkeit widerfahren und der persönlichen Eigentum der Schulden mehr Rechnung getragen werden soll, erhält seine weitere Rede den Wunsch, eine Vereinheitlichung der Verwaltung und des Strafvollzuges anzustreben und den Geist der humanen Strafrechtspflege zu heben. Abg. Winkler (Soz.) tritt u. a. für die Aufbarmachung des Großgrundbesitzes zu Gunsten der Volksernährung und für die Elektrifizierung der Eisenbahnen ein. Nach Auffassung des Abg. Kühnel (Unabh.) kann nicht die freie, sondern nur die sündige Wirtschaftsweise, die planmäßige Sozialisierung unseres Volkes vorstehend sein. Durch die Revolution hat unsere Arbeiterschaft zwar die politische Freiheit, nicht aber die politische Macht erreicht, ohne die sie niemals zur Ruhe kommen wird. Der Kampf wird darum auch weitergehen entweder über oder ohne das Parlament. Nachdem Präsident Fräsdorf

beiden Damen hatten ihr bis zur Freitreppe das Geleit gegeben und standen nebeneinander, als der Wagen davonfuhr.

Die Fürstin sah fahler und verfallener aus denn je, und heute blickten ihre Augen nicht so funkelnd u. lebensfröhlich.

Sie mußte daran denken, daß ihr junger Neffe möglicherweise nur noch früher würde ins Grab steigen müssen als sie selbst. Und da schauerte sie in der warmen Sommerlust zusammen.

Vottemarie mußte weinen, als sie sich von dem Fürsten verabschiedete, sie konnte nicht anders.

„Gelten diese Tränen auch mir oder nur Günter?“ hatte er sie leise gefragt.

„Auch Ihnen, Durchlaucht. Nehmen Sie gesund wieder. Ich werde Ihrer jeden Tag gedenken. Und bitte — bestellen Sie Graf Rainau einen leichten Gruß von mir.“

„Das will ich tun. Und Sie vergessen die Komtesse, nicht?“

„Nein, Durchlaucht, ich will Ihr so herzlich entgegenkommen, daß sie mir nicht mehr fremd sein kann.“

„Ich danke Ihnen. Und nun leben Sie wohl, Väulelein Vottemarie.“

„Auf Wiedersehen, Durchlaucht — auf baldiges, frohes Wiedersehen.“

Dann war die Fürstin zu ihnen getreten und hatte den Fürsten umarmt und auf die Stirn geküßt.

dem Saal mitgesetzt hat, daß der Kammer morgen der Beschuß über das Verlangen nach einem Frieden auf Grundlage des Rechts und der Gerechtigkeit im Sinne Wilsons, über Freigabe unserer Kriegs- und Zivilgefangenen, über Aufhebung der Hungerblockade und über Rückführung der besetzten deutschen Gebiete zur Zustimmung vorgelegt wird, erhält Abg. Dr. Wagner (DN) das Wort. Er nimmt Stellung gegen den Abg. Ryssel, verurteilt in scharfer Weise den Kommunismus und bezeichnet Religion, Sittlichkeit und ein gesundes Schulwesen als Grundlage für unser Vorwärtskommen. Weiter schlägt er die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Tätigkeit der A.- und S.-Räte vor. Abgeordneter Günther-Plauen (Dem.) betont daß Festhalten an der Reichseinheit und legt in langatmiger Rede den Standpunkt seiner Partei über die Sozialisierungsfragen klar, indem er sie nicht als grundsätzlicher Gegner der Sozialisierung bezeichnet, sondern nur für seine Partei verlangt, daß die Vergesellschaftung in Formen gebracht werde, die dem Wohle des ganzen Volkes dienen können. Danach tritt Abg. Felli (Soz.) den gestrigen Behauptungen des Abg. Ryssel entgegen, indem er ausführt, daß nicht die Arbeiterschaft mit der Revolution für das gegenwärtige Elend verantwortlich gemacht werden könne, sondern daß die Revolution aus dem von der kapitalistischen Gesellschaft verursachten namenlosen Elend geboren ist. Nachdem er weiter in schärfster Weise den unabhängigen Sozialdemokratie entgegengetreten ist und Abg. Ryssel (Unabh.) dagegen entschieden Vertheidigung eingelegt hat, sowie sich gegen die Zustimmung seiner Fraktion zu dem der morgigen Sitzung vorzegernden Beschuß ausgeprochen hat, wenn zu diesem nicht eine sozialistische Erklärung hinzukomme und nach einer kurzen Erwiderung von Abg. Simonian, wird die Sitzung gegen 1/2 9 Uhr abends geschlossen, und die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 27. März, nachmittags 1 Uhr festgesetzt.

## Deutsches Reich.

Dresden. (Die sozialdemokratische Fraktion der Sachsischen Volkskammer) veranstaltete am Mittwoch vormittag eine wichtige Fraktionssitzung, an der die Minister Schwarz, Buck und Präsident Fräsdorf teilnahmen. Wie unser Vertreter erfährt, betrachten die Befreiungen in der Hauptfahrt die auf der heutigen Tagesordnung der Volkskammer stehenden Schulden bzw. den Erlass eines Notgesetzes zur Schuldreform.

Berlin. (Verteilung der Kriegslasten auf alle Kriegsteilnehmer.) „Daily Telegraph“ meldet aus New York, daß die „New York Times“ eine Mitteilung aus Paris empfangen haben, wonach der Plan, daß sämtliche Kriegslasten der Alliierten in der Weise auf die assoziierten Nationen verteilt werden, daß auch die Vereinigten Staaten ihren Anteil daran zu bezahlen, gutgeheißen wurde, daß jedoch die Maßgabe aber, ob sie bereits im August 1914 in den Krieg eingetreten wären, nicht der Ansicht der amerikanischen Friedensdelegierten entspricht.

— (Die Beschleunigung der Friedensverhandlungen aus Paris wird gemeldet: Die Vertreter der Großmächte haben beschlossen, zur Beschleunigung der Verhandlungen den Bebmännerrat auszuschalten. Dafür haben Wilson, Clemenceau und Orlando die oberste Leitung der Konferenz übernommen. Japan hat auf die Teilnahme verzichtet, mit der Erklärung, an den europäischen Angelegenheiten nicht beteiligt zu sein.

— (Die neuen Lebensmittel.) In Hamburg ist gestern der Dampfer Tannenberg aus Norwegen mit 15 000 Fässern Fischkonserven angekommen: in den nächsten Tagen werden weitere Schiffe eintreffen, so der Dampfer Cressida mit 13 000 Fässern.

Als er dann im Wagen stand, aufrecht in seinem Stolzen, schlanken Höhe, ein Urteil männlicher Kraft und Frische, da winkte er den beiden Damen und den Leuten, die sich auf der Freitreppe versammelt hatten, einen leichten Gruß zu.

„Auf Wiedersehen, so Gott will!“ rief er ihnen zu. Und „Auf Wiedersehen“ scholl es ihm von allen Seiten nach, als der Wagen sich in Bewegung setzte. Er warf sich in die Arme und winkte zurück, bis das Auto den Schloßberg hinunterfuhr.

Die Fürstin hingte sich matt in Vottemaries Arme und sagte tonlos:

„Es ist der letzte Manzow. Wenn er fällt, erlischt ein stolzes Geschlecht. Und ich — ich habe gar nicht gewußt, wie lieb ich ihn habe.“

„Er wird wiederleben, Durchlaucht“, tröstete Vottemarie, der das Herz selber wie ein Stein in der Brust lag.

„Vielleicht! Aber ich werde ihn nicht wiedersehen — ich habe es gefühlt, daß ich ihn das letzte Mal in die Augen sah. Dieser elende Krieg wird meine letzte Lebenskraft aufzehren. Mich friert in der Stille. Fräulein Vottemarie. Man darf nicht ausdenken, was die nächste Zeit bringt. Gott erbarme sich unserer aller in Gnaden!“

Vottemarie führte sie hinein und mühete sich um die alte Dame. Und doch hätte sie sich am liebsten in einen Winkel verkrochen, um zu weinen.